

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

19.10.2021

Inhalt

EWN

1 Nord Stream 2: Erste Röhre mit Gas befüllt <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 19.10.2021</i>	3
2 Zweifel am Atomausstieg wachsen <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.10.2021</i>	4
3 Einlagerung von Atommüll könnte erst 2080 abgeschlossen sein <i>Spiegel.de, 18.10.2021</i>	6
4 „Die Energiekonzerne haben keine Lust mehr“ <i>Augsburger Allgemeine Augsburg, 19.10.2021</i>	8
5 Schachtanlage Asse II: Ergebnisse der Beleuchtung für den geplanten Zwischenlager-standort liegen vor <i>Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, 18.10.2021</i>	10

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 19.10.2021 | S. 8

📄 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

👤 Christian Thiele

OSTSEEPipeline

Nord Stream 2: Erste Röhre mit Gas befüllt

Betriebsgenehmigung steht noch aus

Der erste Strang der Ostseepipeline Nord Stream 2 ist nach Angaben der Betreiber betriebsbereit. Die Befüllung mit Gas sei abgeschlossen, teilte die Nord Stream 2 AG gestern mit. Die erste Röhre sei mit etwa 177 Millionen Kubikmeter sogenanntem technischem Gas befüllt worden. Damit seien die Voraussetzungen geschaffen, „um den Gastransport zu einem späteren Zeitpunkt zu starten“. Ein Datum nannte die Nord Stream 2 AG zunächst nicht.

Für den zweiten Strang laufen den Angaben zufolge die technischen Vorbereitungen. Zu einem späteren Zeitpunkt sollten Einzelheiten mitgeteilt werden, hieß es. Die Leitung ist zwar fertiggestellt, die Betriebsgenehmigung der deutschen Behörden steht aber aus.

Durch die 1230 Kilometer lange Pipeline von Russ-

land nach Mecklenburg-Vorpommern, die zwei Stränge hat, sollen jährlich 55 Milliarden Kubikmeter Gas geliefert werden. Damit können nach Angaben der Betreibergesellschaft 26 Millionen Haushalte versorgt werden.

Russland macht Druck, dass Nord Stream 2 schnell in Betrieb geht und verweist dabei auf die hohen Preise für Erdgas. Russlands Präsident Wladimir Putin meinte in der vergangenen Woche in Moskau, die Lieferungen über diesen Weg würden zu einer Entspannung auf dem aufgeheizten Gasmarkt führen.

Kritiker sehen die Gefahr, Russland könne die Pipeline für geopolitische Zwecke missbrauchen, weil es sich so unabhängiger von der Ukraine als wichtiges Transitland mache.

 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 19.10.2021 | S. 15

 Auflage: 210.488 | Reichweite: 940.692

 Christian Geinitz

Zweifel am Atomausstieg wachsen

Der Klimawandel ist riskanter als Kernkraft, sagt Jürgen Hambrecht. Der frühere BASF-Chef hat die Regierung beim Atomausstieg beraten - und übt nun Kritik.

Berlin. Während in vielen Ländern neue Atomkraftwerke geplant werden, etwa in Frankreich und Großbritannien, nimmt auch in Deutschland die Diskussion um die Kernenergie an Fahrt auf. Keine der möglichen Regierungsparteien möchte den Ausstieg rückgängig machen, selbst die FDP hat diese Idee verworfen. Aber aus der Wirtschaft und der Wissenschaft mehren sich Appelle, über Laufzeitverlängerungen nachzudenken: wegen der steigenden Energiepreise, möglicher Versorgungsengpässe und der Dringlichkeit des Klimaschutzes. Jetzt meldet sich eine prominente Stimme zu Wort, der ehemalige Chef des weltgrößten Chemiekonzerns BASF, Jürgen Hambrecht, der auch Mitglied der Ethikkommission "Sichere Energieversorgung" zum Atomausstieg war. "Der gleichzeitige Ausstieg aus Kohle und Atomkraft ist ein Fehler", sagte er der F.A.Z. "So vorzugehen kann zu einer Überforderung der Privathaushalte und der Wirtschaft führen, gefährdet Deutschlands Energiesicherheit und belastet die Wettbewerbsfähigkeit."

Als die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eingesetzte Kommission vor zehn Jahren tagte und das Ende der Kernkraft bis Ende 2022 aus ethischen Gründen befürwortete, sei das unter völlig anderen Voraussetzungen erfolgt, stellte Hambrecht klar. Weder sei die Rede davon gewesen, sich zugleich aus der Stein- und Braunkohleverstromung zurückzuziehen; im Gegenteil habe seinerzeit die Politik den Bau neuer moderner Kohlemeiler befürwortet. Noch habe es derart ehrgeizige Minderungsziele für Treibhausgase gegeben wie heute, die vorschreiben, dass Deutschland bis 2045 kohlendioxidneutral sein soll. Deutschland steigt bis Ende 2022 aus der Kernenergie aus. Jüngst hatte eine Umfrage unter den Betreibern gezeigt, dass aus technischer Sicht alle sechs verbliebenen Meiler über die Abschalttermine hinaus am Netz bleiben könnten. Auch auf EU-Ebene ist eine Debatte über die Zukunft der Atomkraft entbrannt.

Hambrecht beklagte nun, dass es in Deutschland "damals keine Abwägung zwischen Kernenergie und der

Erderwärmung" gegeben habe. "Genau das brauchen wir aber, und es sieht so aus, als ob die Gefahren des Klimawandels viel höher sind als die Risiken der Atomkraft", sagte er. "Wenn wir aus guten Gründen für den Klimaschutz die Wirtschaft, den Verkehr und das Heizen auf Elektrizität umstellen und wenn wir zugleich aus Kohle, Öl und Gas aussteigen, dann sollten wir über die möglichen Vorteile der Kernenergie noch einmal neu nachdenken", forderte Hambrecht, der heute dem Aufsichtsrat des Werkzeugmaschinenherstellers Trumpf vorsitzt und Gründungsunternehmen betreut, auch aus der Energiewirtschaft.

Die Regierung habe der Ethikkommission zugesichert, dass die künftige Energieversorgung auch ohne Kernkraft umweltverträglich, sicher und bezahlbar bleibe. Damals hieß es, dazu würden die erneuerbaren Quellen ebenso verlässlich ausgebaut wie die Stromnetze. "All diese Versprechen wurden nicht eingehalten, weder die Regulatorik noch die Infrastruktur ist da", empörte sich der Fünfundsiebzigjährige. Um den Zustand zu bessern, müsste die Kernenergie innerhalb der europäischen "Taxonomie" als grüner und damit als förderfähiger und für Investoren interessanter Energieträger anerkannt werden.

Hambrecht erinnerte daran, dass die Elektrifizierung aller wichtigen Energieverbraucher vier- bis sechsmal so viel Strom erfordere wie bisher. Allein die chemische Industrie brauche nach einer Umstellung auf elektrische Energie fast so viel Strom, wie derzeit in ganz Deutschland verbraucht werde: "Diese Mengen an Ökostrom kann Deutschland niemals produzieren, im Zweifelsfalls importieren wir dann Atomstrom aus Frankreich oder Kohlestrom aus Polen, das wäre eine Scheinlösung." Schon jetzt sei Elektrizität knapp, während der "Dunkelflauten" könnten erneuerbare Träger nicht zuverlässig liefern, zum Glück gebe es zum Ausgleich derzeit noch Kohle- und Kernkraftwerke. Privatleute merkten die Misere an steigenden Energiepreisen, aber noch nicht an Engpässen: "Vielleicht setzt ein Umdenken ein, wenn es in kalten Wintern zu

Stromausfällen kommt.“

Der Berliner Geowissenschaftler Reinhard Hüttl ergänzte, Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet habe zu Recht festgestellt, der Ausstieg zuerst aus der Kernkraft und dann aus der Kohle sei falsch gewesen. Hüttl zufolge sind die wegfallenden Kapazitäten schwer zu ersetzen, noch immer sei Deutschland der größte Braunkohleförderer der Welt. Um die Klimaneutralität rasch zu erreichen, brauche man in Europa und international möglicherweise auch die Kernkraft zur Erzeugung von CO₂-neutralem Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen. „Es wäre schade, wenn sich Deutschland völlig aus der Diskussion um die Kernenergie verabschieden würde“, so Hüttl. (Kernenergie-Debatte in den Niederlanden, Seite 16.)

Atom Mülllager Asse bereitet Kopfzerbrechen Die Räumung des Atom Mülllagers Asse im niedersächsi-

schen Landkreis Wolfenbüttel kommt vorerst nicht voran. Eigentlich soll der in dem Schacht aufbewahrte schwach- und mittelradioaktive Abfall künftig nahe der Anlage zwischengelagert werden, weil in das ehemalige Bergwerk Wasser eindringt. Doch die Standortauswahl ist hoch umstritten, vor allem in der Region, und wurde deshalb im Auftrag des Bundesumweltministeriums noch einmal überprüft. Der am Montag vorgelegte Bericht der eingesetzten Fachleute kommt zu dem Ergebnis, dass die Diskussion noch nicht abgeschlossen werden könne. Der knapp hundertseitige „Beleuchtungsprozess“ enthalte „keine schnellen Antworten“, sagte Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth. „Das Thema standortnah oder standortfern muss weiter diskutiert werden.“ Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hatte 2020 den Alternativstandort ausgewählt. Es geht um 126 000 Fässer, die zwischen 1967 und 1978 in den Salzstock kamen. itz.

ALTLASTEN DER KERNKRAFT**Einlagerung von Atommüll könnte erst 2080 abgeschlossen sein**

Kein Endlager in Sicht: Radioaktive Abfälle müssen noch für Jahrzehnte in deutschen Kernkraftwerken verbleiben, schätzt der frühere Leiter der Entsorgungskommission. Auch der Streit um das Zwischenlager Asse dauert an.

Die Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle aus deutschen Atomkraftwerken läuft noch. Doch auch wenn sich die Bundesregierung in den kommenden Jahren auf einen geeigneten Standort festlegt, werde es weitere Jahrzehnte dauern, bis die Lagerung abgeschlossen ist. Das sagt Michael Sailer, der ehemalige Leiter der Entsorgungskommission des Bundes, der Nachrichtenagentur dpa.

Sailer geht davon aus, dass die Einlagerung der Nuklearabfälle in das geplante Endlager erst um das Jahr 2080 beendet werden kann. So lange werde der Atommüll an den Standorten der Kernkraftwerke bleiben müssen. Die genehmigte Betriebsdauer der 16 Zwischenlager in Deutschland sei bis dahin vermutlich überschritten.

Nach dem Aus für das geplante Endlager im niedersächsischen Gorleben hat sich der Bund gesetzlich zur Auswahl eines neuen Standorts bis zum Jahr 2031 verpflichtet.

Ist dieser Standort gefunden, folgen laut Sailer Genehmigungsverfahren und der Ausbau des Lagers. Dafür veranschlagt der Ingenieur eine Dauer von 20 Jahren – entsprechend könnte ein Endlager überhaupt erst ab 2050 in den Probetrieb gehen. Dann könne es ungefähr 30 Jahre dauern, bis alle Behälter aus den Zwischenlagern ins Endlager gebracht seien. »Das heißt, dass die Einlagerung im Endlager von 2050 bis 2080 dauern wird«, sagte Sailer.

Ein Behälter pro Tag – bei 6000 Behältern dauert das

Das lasse sich nachrechnen: »Wir werden insgesamt in den 16 Zwischenlagern etwa 1800 bis 1900 Castoren haben, die in das Endlager gebracht werden müssen«, sagte Sailer. Dort müssten abgebrannte Brenn-

elemente und verglaste Abfälle in einer geschützten Anlage in die Endlagerbehälter umgefüllt werden. Er gehe davon aus, dass in einen Endlagerbehälter ein Drittel der Abfälle eines Zwischenlagerbehälters passe. »Also könnten es etwa 6000 Endlagerbehälter werden.«

Realistisch müsse man davon ausgehen, dass wegen der hohen Auflagen bei den Sicherheitsprüfungen etwa ein Behälter pro Tag im Endlager eingelagert werden könne. Das Standortauswahlgesetz schreibt vor: Das Endlager muss so sicher sein, dass Mensch und Umwelt eine Million Jahre lang vor Strahlung geschützt sind.

Durch die Dauer des ganzen Prozesses könnte ein neues Problem entstehen: Die Zwischenlager der Atomkraftwerke seien nur für eine Betriebsdauer von 40 Jahren eingerichtet worden. »Über diese 40 Jahre hinaus haben wir keine Erfahrungswerte, und es gibt eigentlich auch keine Möglichkeit der Vorausberechnung«, sagte Sailer. Er ruft die Bundesregierung auf, sich frühzeitig mit dieser Problematik zu beschäftigen. »Es wäre fatal, wenn man erst 2040 mit den Forschungen und Überlegungen zur Zwischenlagerung beginnen würde.«

Eine Übersicht über die Zwischenlager in Deutschland bietet die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung. Sailer leitete die Entsorgungskommission des Bundes bis 2019. Seitdem ist die Geowissenschaftlerin Barbara Reichert Vorsitzende der Kommission.

Situation im geplanten Zwischenlager Asse weiterhin unklar

Ein geplantes Zwischenlager, das bereits seit Jahren für Streit sorgt, ist das Lager an der Asse im niedersächsischen Landkreis Wolfenbüttel. An diesem Mon-

tag veröffentlichte eine Gruppe von Expertinnen und Experten einen rund hundert Seiten langen Abschlussbericht. Mit diesem Bericht sollte die Entscheidung für ein Zwischenlager noch einmal überprüft werden. Das Ergebnis: Rechtlich habe die zuständige Bundesgesellschaft keine Fehler gemacht. Wie es weitergeht, ist aber nach wie vor unklar.

In der »Schachanlage Asse II«, einem ehemaligen Bergwerk, liegen in 13 Kammern rund 126.000 Fässer mit schwach und mittel radioaktiven Abfällen. Der Atom Müll war von 1967 bis 1978 eingelagert worden, mit festgeschriebener Rückholung. Weil Wasser eindringt, muss das Lager geräumt werden. Die Abfälle müssen dann zunächst zwischengelagert werden, bis

eine Endlagerung möglich ist.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hatte sich bereits im Jahr 2020 auf einen Standort in der Nähe des Höhenzuges Asse als Zwischenlager festgelegt. Diese Entscheidung hatte vor allem in der betroffenen Region heftige Kritik ausgelöst. Im Februar 2021 haben sich Mitglieder der Asse-II-Begleitgruppe sowie Vertreterinnen und Vertreter des Bundesumweltministeriums, des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz und der BGE darauf verständigt, die Standortentscheidung zu überprüfen. Der Expertenbericht soll von allen Beteiligten analysiert und bewertet werden, im November stünden weitere Schritte an.

Augsburger Allgemeine

📰 Augsburger Allgemeine Augsburg | 19.10.2021 | S. 7

📄 Auflage: 29.305 | Reichweite: 93.808

👤 Michael Kerler

„Die Energiekonzerne haben keine Lust mehr“

Interview: Der Endlager-Experte Michael Sailer gibt der Atomenergie keine Chance auf eine Rückkehr. Er erklärt, warum der Atommüll Jahrzehnte länger an den Kraftwerksstandorten wie Gundremmingen bleiben wird als bislang genehmigt

Herr Sailer, Deutschland schaltet seine Kernkraftwerke bis Ende 2022 ab. Gehören die Probleme und Risiken der Atomkraft der Vergangenheit an?

Michael Sailer: Deutschland hat seine Atomkraftwerke abgeschaltet oder wird sie abschalten. Die hoch radioaktiven Abfälle stehen aber noch lange in den oberirdischen Zwischenlagern, bis sie in ein geeignetes Endlager in vielen 100 Metern Tiefe gebracht sind. Die 16 deutschen Zwischenlager haben eine Genehmigung bis in die 2030er beziehungsweise 2040er Jahre – zum Beispiel Gundremmingen bis 2046. Ein Endlager für hochradioaktive Abfälle – vor allem die abgebrannten Brennstäbe – gibt es in Deutschland dagegen bisher nicht. In anderen Ländern gibt es zwar Fortschritte bei der Findung, aber in Betrieb ist weltweit kein Endlager. Am weitesten ist Finnland, dort gibt es eine Baugenehmigung dafür.

Wie steht es um die deutsche Suche?

Sailer: Unser Gesetz für die Endlagersuche aus dem Jahr 2017 sieht vor, dass sich das Endlager im eigenen Land befinden muss. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat im September 2020 einen ersten Zwischenbericht vorgelegt. Demnach kommen 54 Prozent der Landesfläche für ein Endlager infrage, werden also nicht sofort aus der Suche herausgenommen, weil zum Beispiel Erdbebengefahr besteht. Die Suche geht jetzt bis zum Jahr 2031 weiter. Ziel ist es, bis dahin genau ein Endlager an der dafür am besten geeigneten Stelle in Deutschland zu finden.

Das klingt, als sei das Problem hochradioaktiver Abfälle, die sich bisher in Castor-Behältern in den Zwischenlagern befinden, doch bald gelöst ...

Sailer: Dies wird in der Öffentlichkeit häufig falsch wahrgenommen. Die Zwischenlager hören nicht auf zu bestehen, wenn der erste Castor-Behälter zum Endlager gebracht wird. Der schnellste Zeitplan, den ich mir vorstellen kann, sieht so aus: Dem Gesetz nach soll

die Auswahl eines Endlagerstandorts bis 2031 erfolgen. Dann beginnt das Genehmigungsverfahren und das Endlager wird gebaut. Dies dauert mindestens 20 Jahre. Im Jahr 2050 könnte das Endlager im besten Fall den Betrieb aufnehmen. Wir werden dann schätzungsweise 30 Jahre – also bis 2080 – brauchen, alles in das Endlager zu schaffen.

Warum dauert es so lange?

Sailer: Die Castor-Behälter werden nicht einfach vom Zwischenlager zum Endlager gefahren und dort in einen Stollen gestellt. Die Brennstäbe sollen am Endlager in neue beständigere Endlagerbehälter umgepackt werden. Dann müssen sie durchgecheckt, unter Tage gebracht und eingebaut werden. In Deutschland wird es am Ende rund 1800 Castor-Behälter geben. Ein Endlagerbehälter fasst aber weniger Brennstäbe als ein Castor-Behälter, vielleicht ein Drittel. Wir reden am Ende also über geschätzt 6000 Endlagerbehälter. Ich denke, es ist realistisch, dass pro Tag einer davon in das Endlager eingebaut werden kann. So kommt diese lange Zeitdauer zustande.

Im Kreis Günzburg erwartet Landrat Hans Reichhart, dass das Zwischenlager am Kraftwerk Gundremmingen nicht länger als bis zum Jahr 2046 betrieben wird, wenn die Genehmigung ausläuft. Ist das realistisch?

Sailer: Es gibt zahlreiche Kommunalpolitiker, die sich darauf verlassen, dass die Zwischenlager schließen, wenn die Genehmigungen auslaufen. Wann man die Castor-Behälter wegbringen kann, hängt aber allein von Zeitplan des Endlagers ab, vor 2050 ist damit aber nicht zu rechnen. Das heißt, dass auch 2046 und 2047 noch alle Castor-Behälter in den Zwischenlagern stehen werden. Wir brauchen also eine zweite Genehmigungsphase für die Zwischenlager. Wenn es schnell und präzise geht, sind die Zwischenlager 2080 leer.

Sind denn die Zwischenlager so lange sicher?

Sailer: Das deutsche Zwischenlager-Konzept der Unterbringung der Brennstäbe in Castor-Behältern, zwischen denen die Kühlluft durchzieht, halte ich für gut und relativ sicher. Das Problem ist, dass es über die Frist von 40 Jahren hinaus keine Erfahrung über die Sicherheit der Castor-Behälter gibt. Eine mögliche Schwachstelle sind die Dichtungen zwischen den Deckeln und den Behältern selbst. Dazu kommt: Das Überwachungssystem, das kontrolliert, ob ein Behälter dicht ist, stellt eine komplexe feinmechanische Anlage dar. Wie lange hält sie? Gibt es in 20 Jahren noch jemanden, der sie bauen kann? Schließlich weiß man nicht, wie es in den Castor-Behältern aussieht. Die Brennstäbe in den Behältern unterliegen Alterungsprozessen, die sich rapide beschleunigen können. Wir müssen deshalb anfangen, dies zu erforschen. Es wäre fatal, wenn wir erst 2040 mit der Forschung anfangen, es muss jetzt beginnen.

Der Raum rund um Ulm und Neu-Ulm ist zu einem Testgebiet bei der Endlagersuche geworden. Ist dies schon eine Vorfestlegung?

Sailer: Nein, es geht nur darum, Methoden für die vorgeschriebenen Sicherheitsuntersuchungen bei der Endlagersuche zu entwickeln. Diese Sicherheitsuntersuchungen für die Standortauswahl sind komplex, sie sind teilweise noch nie gemacht worden. Um zunächst die Methoden zu entwickeln, hat man die Testgebiete ausgewählt, je eines für Salzstöcke, für flaches Salz, für Ton und für kristallines Gestein. Bei der Methodenentwicklung wird nicht gebohrt, es wird nur auf bestehende Daten zurückgegriffen.

Ist es nicht vermessen, ein Endlager finden zu wollen, das eine Million Jahre hält?

Sailer: Uns bleibt nichts anderes übrig. Wir haben den hoch radioaktiven Atom Müll. Besser, wir gehen be-

wusst damit um, als ihn stehen zu lassen. Über eine Million Jahre hält ein Endlager tief in der Erde in einer guten Geologie auf jeden Fall besser als ein Zwischenlager an der Erdoberfläche.

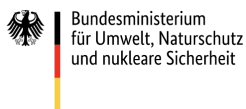
Könnte man angesichts der Energiekrise die deutschen Atomkraftwerke nicht über 2022 hinaus laufen lassen? Im Sinne des Klimaschutzes wird dies ja teilweise diskutiert ...

Sailer: Die Energiekonzerne Eon und RWE haben keine Lust mehr, die Reaktoren in Ohu, Gundremmingen oder Lingen länger zu betreiben. Sie hätten sonst längst Brennelemente bestellen müssen. Für einen Weiterbetrieb fehlt inzwischen die Basis.

Derzeit wird über ein Comeback der Atomkraft gesprochen, mit kleineren, moderneren Kraftwerken. Was halten Sie davon?

Sailer: Ich habe starke Zweifel daran. Zum einen unterscheiden sich die angeblich neuen Kernkraftwerke nicht groß von Konzepten, die in den 50er und 70er Jahren diskutiert worden sind. Diese Reaktoren arbeiten teilweise mit anderen Kühlmitteln und haben andere Reaktorkerne; aber alle sind nicht bis zur technischen Reife entwickelt. Keiner hat bewiesen, dass die Maschinen laufen. Zum zweiten denke ich, dass professionelle Investoren am Bau neuer Kernkraftwerke nicht interessiert sind. Kleinere Reaktoren, lautet ein weiteres Argument, lassen sich in Serie billiger bauen und betreiben. Es bräuchte aber schon deutlich über 50 kleine Reaktoren mit 20 Megawatt Leistung, um allein einen Block in Gundremmingen zu ersetzen. Den Bau 50 neuer Reaktoren in Deutschland halte ich für unwahrscheinlich. Und billiger wird das Ganze nur, wenn man an den Sicherheitssystemen massiv sparen würde.

Interview: Michael Kerler



📄 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit | 18.10.2021

🔗 WEBLINK

Schachtanlage Asse II: Ergebnisse der Beleuchtung für den geplanten Zwischenlagerstandort liegen vor

Beleuchtung der Standortauswahl für das Zwischenlager

Das mit der Beleuchtung der Standortauswahl für das Zwischenlager an der Schachtanlage Asse II beauftragte Expertenteam hat heute seinen Abschlussbericht vorgelegt und die Ergebnisse vorgestellt. In dem mehr als 100 Seiten langen Bericht beleuchtet das Expertenteam die Entscheidung für ein Asse-nahes Zwischenlager. Der Bericht ist auf den Websites des BMU, des NMU und der Asse-2-Begleitgruppe veröffentlicht worden.

Im Februar dieses Jahres hatten sich die Mitglieder der Asse-2-Begleitgruppe mit Staatssekretär Jochen Flasbarth (Bundesumweltministerium), Minister Olaf Lies (Niedersächsisches Umweltministerium) sowie Stefan Studt und Dr. Thomas Lautsch (Geschäftsführer des Betreibers der Schachtanlage Asse II, der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH) darauf verständigt, die Entscheidung für ein Asse-nahes Zwischenlager kritisch beleuchten zu lassen.

Eine Projektgruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertreter der Asse-2-Begleitgruppe und des Bundesumweltministeriums, entwickelte daraufhin unter der Moderation des Niedersächsischen Umweltministeriums Fragestellungen, anhand derer die vom BMU und von der A2B ausgewählten Expertinnen die Entscheidung für ein Asse-nahes Zwischenlager untersuchen sollten. Mit der Untersuchung wurden die Rechtswissenschaftlerin Prof. Dr. Sabine Schlacke, der Strahlenschutzexperte Christian Küppers, der Geologe Herbert Bühl und der Sozialwissenschaftler Dr. Peter Hocke-Bergler beauftragt.

In einer Online-Videokonferenz präsentierten sie heute den Vertreterinnen und Vertreter des Bundesumweltministeriums, des Niedersächsischen Umweltministeriums, der Asse-2-Begleitgruppe und der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) ihren Bericht.

Die Beleuchtungsergebnisse werden im Kreis der heutigen Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer am

8. November 2021 eingehender beraten und diskutiert. Eine öffentliche Diskussionsveranstaltung der Beleuchtungsergebnisse ist für den 22. November 2021 geplant, in der auch die Öffentlichkeit die Beleuchtungsergebnisse diskutieren und bewerten kann.

Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth: „Ich danke den Expertinnen und Experten für ihre detaillierte Beleuchtung der Entscheidung, die zur Auswahl eines Asse-nahen Standortes für das Zwischenlager geführt haben. Mit der heutigen Veröffentlichung können sich die Bürgerinnen und Bürgern in der Region um die Schachtanlage Asse II und alle anderen Interessierten über die Beleuchtungsergebnisse informieren. Das BMU und die BGE werden den vorgelegten Bericht nun im Einzelnen analysieren. Aus meiner Sicht lässt sich bereits festhalten, dass die vorgestellten Ergebnisse wichtige Denkanstöße geben, nicht zuletzt auch für die gemeinsame Weiterentwicklung des Begleitprozesses.“

Olaf Lies, Niedersächsischer Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz: „Ich danke dem Expertenteam für den differenzierten und umfassenden Bericht. Der Bericht hat das Verfahren nicht nur beleuchtet, sondern auch an der ein oder anderen Stelle ausgeleuchtet. Jetzt geht es darum, sich intensiv und kritisch mit den Hinweisen des Expertenteams auseinanderzusetzen. Der Bericht wirft viele Fragen auf, die es gilt, zügig zu klären. Ich habe große Hoffnung, dass der Beleuchtungsprozess dazu führt, verloren gegangenes Vertrauen wiederzugewinnen und den derzeit ruhenden Beteiligungsprozess wiederaufleben zu lassen.“

Christina Steinbrügge, Vorsitzende der Asse-2-Begleitgruppe: „Ein wesentliches Element des Rückholplans für den Atommüll aus der Schachtanlage Asse 2, die Entscheidung der BGE für ein Asse-nahes Zwischenlager, ist durch die Expertinnen und Expte-

ren nach dem ersten Eindruck sehr ausführlich und differenziert und mit großer Fachkenntnis kritisch beleuchtet worden. Ich bin erleichtert, dass wir jetzt ein Ergebnis haben und danke allen, die in den vergangenen Monaten durch konzentrierte Arbeit dazu beigetragen haben. Noch heute wird dieser Bericht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und anschließend in der Asse-2-Begleitgruppe diskutiert und ausgewertet. Selbstverständlich werden die Mandatsträgerinnen und -träger im Landkreis und in den Kommunen in die Meinungsbildung einbezogen und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit der Beteiligung eröffnet.“

Die Schachanlage Asse II ist ein ehemaliges Salzberg-

werk im Landkreis Wolfenbüttel, in dem von 1967 bis 1978 circa 126.000 Gebinde mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen eingelagert wurden. Die sogenannte Lex Asse (§ 57b Atomgesetz) sieht vor, dass die in der Schachanlage Asse II eingelagerten radioaktiven Abfälle rückgeholt werden sollen. Nach ihrer Rückholung müssen die Abfälle zunächst zwischengelagert werden, bis eine Endlagerung in einem dafür vorgesehenen Endlager möglich ist, das noch nicht feststeht.

18.10.2021 | Pressemitteilung Nr. 257/21 | Endlagerprojekte Gemeinsame Pressemitteilung mit dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz und der Asse-2-Begleitgruppe